

Gemeindeverwaltung
Dettingen an der Erms

05.06.2023
Höl – Gro

Einladung

zu einer Sitzung des Verwaltungsausschusses am Dienstag, 13.06.2023 im Sitzungssaal im Rathaus "Schlößle".

Beginn: 17:00 Uhr, Treffpunkt: Jugendhaus

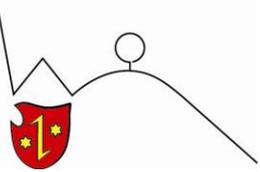
Tagesordnung

- 1 Laufendes und Bekanntgaben
- 2 Jahresbericht Jugendsozialarbeit 2022/2023
Vorlage: 8489 öff
- 3 Sondernutzungssatzung
Hier: Erlass einer Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für
Sondernutzungen an öffentlichen Straßen
(Sondernutzungssatzung)
Vorlage: 8474 öff
- 4 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Hillert', is positioned above the printed name.

Michael Hillert
Bürgermeister



Sitzungsvorlage

Drucksachennummer: 8489 öff	Sachbearbeitung: Stefanie Jedele AZ: - JE	22.05.2023
Gremium VA	Datum 13.06.2023	Behandlungszweck/-art Kenntnisnahme
Ergebnis		
Vorherige Drucksachennummer/Beratung:		

Informationsvorlage

Jahresbericht Jugendsozialarbeit 2022/2023

Sachverhalt

Die Jahresberichte der öffentlichen Einrichtungen und Außenstellen der Gemeindeverwaltung werden jedes Jahr in einzelnen Sitzungen des Verwaltungsausschusses beraten. Den Institutionen wird damit die Möglichkeit geboten, aktuell aus ihren Einrichtungen zu berichten, der Verwaltungsausschuss erhält Einblick in die verschiedenen Aufgaben und Tätigkeiten und kann sich mit diesen konstruktiv auseinandersetzen.

Der Jahresbericht der Jugendsozialarbeit mit den Arbeitsbereichen Schulsozialarbeit, Offene Jugendarbeit und Mobile Jugendarbeit umfasst den Zeitraum Mai 2022 bis Mai 2023. Wie bereits in den Vorjahren werden die Inhalte, Fragestellungen und Perspektiven von Christel Bahnmüller-Luft und Lars Luft in einem mündlichen Vortrag veranschaulicht, für Erläuterungen und Rückfragen werden Frau Bahnmüller-Luft und Herr Luft in der Sitzung zur Verfügung stehen.

Im vorliegenden Bericht soll ein Zeitraum beleuchtet werden, der für viele vermeintlich schon als Nach-Corona-Jahr gilt, wohl aber eher einen Übergang von den letzten Ausläufern der akuten Pandemie hin zu einer „neuen“ Normalität und zur Analyse der gravierenden Folgen auf Einzelne darstellt.

Das Land Baden-Württemberg insgesamt und der Landkreis Reutlingen insbesondere haben frühzeitig erkannt, dass „... an der immer wichtigeren Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule ... die Schulsozialarbeit heute ein zentrales Handlungsfeld von hoher Relevanz für die Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Schulentwicklung...“ (ist), „ihr Fokus liegt dabei auf der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen als zentrale Lebensphase für gesellschaftliche Integration an deren Lebensort Schule.“ (Kristin Schwarz, KVJS Kennzahlen und Ausbaustand Schulsozialarbeit im Schuljahr 2020/2021). Dem daraus folgenden vergleichsweise guten Ausbaustand der Schulsozialarbeit steht ein entsprechend hoher Bedarf entgegen, die vorhandenen Ressourcen haben sich in der Krise bewährt. Auch nach der Fusion ergab die Neuberechnung des notwendigen Stellenumfanges, dass der Bedarf im Vergleich zu den Vorjahren rechnerisch sogar leicht gestiegen ist und die bisherigen Stellenanteile erhalten bleiben.

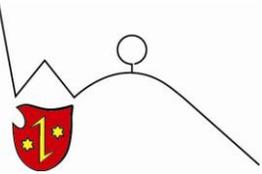
Die Normalität von heute beinhaltet die Tatsache, dass vielen Kindern und Jugendlichen wichtige soziale Erfahrungen verwehrt waren, Entwicklungsschritte ausgeblieben sind oder nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden konnten. Die Mehrzahl wird das im Lauf der Zeit vermutlich ausgleichen können, einige Wenige jedoch haben ernsthafte Folgen zurückbehalten. Die Zahl und Intensität von psychischen Auffälligkeiten (insbesondere die Themen Angst und depressive Zustände) ist in den letzten Monaten deutlich gestiegen, fehlende Therapieangebote und die Komplexität der Fälle erschweren den Umgang damit erheblich.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass die Gruppenfähigkeit vor allem der jüngeren Kinder nachlässt und den Einstieg in das Schulleben zunehmend schwierig macht. Die Begründung dafür liegt aus unserer Sicht nicht in einem einzelnen kausalen Zusammenhang, sondern ist das Ergebnis der immer mehr fortschreitenden Individualisierung, die sich sowohl im gesellschaftlichen als auch im pädagogischen Kontext vollzieht. Die Diskrepanz zwischen dem Erziehungsauftrag von Schule/Jugendarbeit und der Akzeptanz der Eltern für die dazu notwendigen Maßnahmen wird immer deutlicher und führt an vielen Stellen zu einer Hilflosigkeit des Systems.

Doch die Normalität von heute beinhaltet auch die positive Erfahrung, dass die Jugendsozialarbeit (auch Dank der Engagements der Jugendhilfeverbände) gerade in dieser Krisenzeit unterstützend tätig sein konnte, die besonderen Umstände im Schulbetrieb noch am ehesten durch Beziehungsarbeit begleiten konnte und dass die meisten Kinder und Jugendlichen mit ihren Familien deutlich widerstandsfähiger sind, als es zwischenzeitlich zu befürchten war. In der Praxis bedeutet das, einen guten Mix aus Prävention, Beratung und Intervention zu finden, um allen Themen gerecht zu werden. Die Problematik dabei ist, im laufenden Betrieb das bewährte und erfolgreiche Setting wieder aufzunehmen und gleichzeitig auf neue Bedarfe zu reagieren – und das ohne zu überhitzen oder oberflächlich zu werden. Das Dettinger Konstrukt der Jugendsozialarbeit hat mehr denn je (mit vielen Kooperationspartner*innen) einen großen Anteil daran, das Gesamte im Blick zu haben, Zusammenhänge herzustellen und darauf zu achten dass „Koinzidenzen von den Schnakenhusterle“ (Zitat einer Grundschullehrerin) verloren geht.

Seit knapp einem Jahr leben in Dettingen wieder zahlreiche Kinder mit Fluchterfahrung, dieses Mal aus der Ukraine. Kinder, deren Anfangszeit geprägt war von einer Mischung aus Verunsicherung und Neugier, mit Anteilen von Angst, Trauer, Wut und Unverständnis, teils auch von Faszination und „Abenteuer“. Nach einem Jahr wurde daraus der Zwischenstand, dass ein Ende des Krieges nicht absehbar ist, dass eine Rückkehr in die Ukraine noch in weiter Ferne ist und die erhoffte

Zwischenstation mindestens zu einer Heimat auf Zeit geworden ist. Es hat sich mittlerweile gezeigt, wer zurechtkommt, wer Chancen sieht und nutzt - und auch, wer nicht zurechtkommt, wer Schwierigkeiten und Hemmnisse erlebt, mitgebracht oder durch die Flucht erlitten hat. Das wird mittelfristig die komplexe Herausforderung. Wichtig ist uns dabei die Erkenntnis, diese Kinder nicht als etwas Besonderes zu bewerten, sondern mit ihren Fähigkeiten und Schwierigkeiten so zu begleiten, dass sie wie alle anderen Kinder sein können. Dass das möglich ist, zeigen die recht erfolgreich verlaufenen Integrationsprozesse der letzten Jahrzehnte.



Sitzungsvorlage

Drucksachennummer: 8474 öff	Sachbearbeitung: Anna-Lena Mahler AZ: - ML/ML	13.03.2023
Gremium Verwaltungsausschuss 13.06.2023	Behandlungszweck/-art Vorberatung öffentlich	

Vorherige Drucksachennummer/Beratung:

Beschlussvorlage

Sondernutzungssatzung

Hier: Erlass einer Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)

I. Beschlussantrag

Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Sondernutzungssatzung und das dazugehörige Gebührenverzeichnis zu beschließen.

II. Finanzielle Auswirkungen

Gemäß der zu beschließenden Satzung einschließlich Gebührenverzeichnis können künftig für verschiedene Sondernutzungen Gebühren eingenommen werden.

III. Sachverhalt

Das Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG) legt fest, dass für jede Benutzung einer öffentlichen Straße über den Gemeindegebrauch hinaus (Sondernutzung) eine Erlaubnis erforderlich ist (§ 16 Abs. 1 StrG). Die zuständige Straßenbaubehörde entscheidet hierbei nach pflichtgemäßem Ermessen. Zuständige Erlaubnisbehörde für die Gemeindestraßen ist die Gemeinde Dettingen.

§ 19 Abs. 2 StrG ermächtigt die Gemeinden, die Sondernutzungsgebühren durch Satzung zu regeln.

Bedeutende Sondernutzungen sind das Plakatieren, Gerüst- und Kranstellungen, Baustelleneinrichtungen sowie das Aufstellen von Altkleidersammelcontainern, Warenauslagen oder Werbeträgern. Mit Ausnahme der Baustelleneinrichtungen wurde auch

bisher vom Ordnungsamt eine entsprechende Sondernutzungserlaubnis ausgestellt. Die Gebühr richtete sich aber nach der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren. Seit der Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung am 20.10.2022 werden Sondernutzungen als allgemeine Verwaltungsgebühr mit 17,50 € je Zeiteinheit abgerechnet. Es handelte sich hierbei rechtlich gesehen um eine Verwaltungsgebühr für die Erlaubnis aber nicht um eine Sondernutzungsgebühr für die eigentliche Inanspruchnahme.

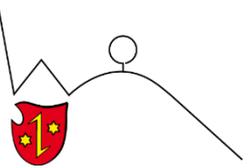
Durch den Erlass einer Sondernutzungssatzung kann der Geltungsbereich genau festgelegt und die Gebührenhöhe für einzelne Sondernutzungen spezifiziert werden. Ebenso wird festgesetzt, dass auch Sondernutzungen ohne Erlaubnis, z.B. illegal abgestellte Fahrzeuge oder Altkleidersammelcontainer, gebührenpflichtig sind. Eine Gebühr für unerlaubte Sondernutzung kann mit der Verwaltungsgebührenordnung in der jetzigen Fassung nicht festgesetzt werden.

Bei den Plakatierungen ergeben sich keine Änderungen hinsichtlich der Gebührenhöhe und der Gebührenbefreiung (z. B. örtliche Vereine oder bei Wahlen). In § 3 (10) wurde hierzu geregelt, dass ortsansässige Vereine von der Erhebung einer Sondernutzungsgebühr ausgenommen werden können.

Grundsätzlich sind keine bedeutenden Gebührenerhöhungen vorgesehen. Vielmehr soll eine verursacher- und zeitgenaue Festsetzung der Sondernutzungsgebühren erfolgen. Deshalb sollen nun auch Sondernutzungen durch Baustelleneinrichtungen festgesetzt werden.

Die Schadenshaftung nach § 9 dient als Sicherheit für die Gemeinde Dettingen, da diese Regelung die Haftung bezüglich der Verkehrssicherungspflicht und somit eventueller Schadensersatzansprüche auf die jeweiligen Erlaubnisnehmer überträgt. Anderenfalls wäre die Gemeinde Dettingen als Straßenbaulastträger in der Haftung, wenn durch die Sondernutzung Beschädigungen an den Straßen- und Gehwegflächen entstehen.

Die einzelnen Regelungen in der Satzung und auch die Gebühren im Gebührenverzeichnis stehen zur Vorberatung und können bei Bedarf angepasst werden.



**Satzung über Erlaubnisse und Gebühren
für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen
(Sondernutzungssatzung)
der Gemeinde Dettingen an der Erms vom 29.06.2023**

Aufgrund der §§ 16 und 19 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg (StrG) in der Fassung vom 11. Mai 1992 (GBl. S. 330 ber. S. 683) zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99, 107) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i. d. F. vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06.2018 (GBl. S. 221) und § 2 des Kommunalabgabengesetzes i. d. F. vom 17. März 2005 (GBl. S. 206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2017 (GBl. S. 592, 593) hat der Gemeinderat der Gemeinde Dettingen an der Erms am 29.06.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für alle in der Baulast der Gemeinde Dettingen an der Erms stehenden öffentlichen Straßen, Wege und Plätze.
- (2) Für alle Wochenmärkte sowie die Jahres- und Spezialmärkte gelten die besonderen Regelungen der Marktordnung.

§ 2 Erlaubnispflicht

- (1) Die Benutzung der öffentlichen Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der Erlaubnis.
- (2) Die Sondernutzungserlaubnis wird auf Antrag erteilt.
- (3) Die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Gemeinde Dettingen an der Erms. Sie wird stets widerruflich und zeitlich befristet erteilt. Sie kann – soweit erforderlich – auch nachträglich mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden.
- (4) Soweit sich die Rechte zur Benutzung gemäß § 21 Abs. 1 StrG nach bürgerlichem Recht richten, finden die Vorschriften dieser Satzung keine Anwendung.
- (5) Die Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis sind mit Angaben über Ort, Art, Maß und Dauer der Sondernutzung rechtzeitig bei der Gemeinde Dettingen an der Erms als Erlaubnisbehörde einzureichen. Die Gemeinde kann dazu Erläuterungen durch Zeichnung, textliche Beschreibung oder in sonst geeigneter Weise verlangen.
- (6) Die Ausübung der Sondernutzung ohne Erlaubnis ist gemäß § 54 StrG eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldbuße nach § 54 StrG geahndet werden kann.

(7) Endet die Sondernutzung durch Zeitablauf, durch Widerruf, oder durch Ausübungsverzicht, hat der Erlaubnisnehmer die den Gemeingebrauch beeinträchtigenden Anlagen und sonstigen Gegenstände zu beseitigen und den früheren Zustand der Straße und deren Einrichtungen unverzüglich wiederherzustellen.

(8) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn dies aus sachlichen Gründen geboten ist, insbesondere, wenn der Gemeingebrauch unangemessen beeinträchtigt wird.

(9) Ein Rechtsanspruch auf Erteilung oder Aufrechterhaltung einer Sondernutzungserlaubnis besteht nicht.

§ 3 Sondernutzungsgebühren

(1) Für Sondernutzungen an den in § 1 bezeichneten Straßen, Wege und Plätze werden Gebühren nach dieser Satzung und dem anliegenden Gebührenverzeichnis erhoben.

(2) Die Gebühren werden bei Sondernutzungen die für ein Jahr bewilligt werden, in Jahresbeträgen, im Übrigen in Monats- bzw. Tagesbeträgen festgesetzt. Die Gebühr ist nach dem zeitlich günstigsten Rahmen zugunsten des Gebührenschuldners zu errechnen.

(3) Für Sondernutzungen, die für ein Jahr bewilligt werden und im Laufe des Kalenderjahres beginnen oder enden, ist für jeden angefangenen Kalendermonat ein Zwölftel der Jahresgebühr zu entrichten. Entsprechendes gilt, wenn nur ein Jahres-, Monats-, Wochengebührenrahmen gegeben ist und die Nutzung nur für Monate oder Tage ausgeübt wird.

(4) Die Entscheidung über eine festgesetzte Sondernutzungsgebühr kann geändert werden, wenn sich die im Einzelfall maßgebenden Verhältnisse wesentlich geändert haben.

(5) Von der Erhebung einer Gebühr kann abgesehen werden, wenn die Sondernutzung überwiegend im öffentlichen Interesse liegt oder ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dient. Vereine, insbesondere örtlich ansässige Vereine und umliegende Kommunen können von der Erhebung einer Sondernutzungsgebühr ausgenommen werden. Die Erlaubnispflicht wird hierdurch nicht berührt.

(6) Die Mindestgebühr beträgt im Einzelfall 20,00 €.

(7) Für jede Entscheidung kann eine Verwaltungsgebühr gemäß der Verwaltungsgebührensatzung festgesetzt werden.

(8) Die Gebührenpflicht gilt auch dann, wenn eine Sondernutzung ohne beantragte Erlaubnis ausgeübt wird.

(9) Ist im Gebührenverzeichnis keine Gebühr vorgesehen, so beträgt die Sondernutzungsgebühr 20,00 bis 500,00 Euro.

§ 4 Gebührenschuldner

(1) Gebührenschuldner/in ist

- a) der Antragsteller/die Antragstellerin,
- b) der/die Sondernutzungsberechtigte,
- c) wer eine Sondernutzung tatsächlich in Anspruch nimmt, oder in seinem Interesse in Anspruch nehmen lässt oder
- d) wer die Gebührenschuld durch schriftliche Erklärung übernommen hat, oder für die Gebührenschuld kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 5 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld

(1) Die Gebührenschuld entsteht

- a) bei erlaubter Nutzung mit der Erteilung der Erlaubnis, mit einer sonstigen Amtshandlung, die zur Sondernutzung berechtigt, oder mit der tatsächlichen Inanspruchnahme oder
- b) bei unerlaubter Nutzung mit dem Zeitpunkt, in dem mit der tatsächlichen Ausübung der Sondernutzung begonnen wird.

(2) Die Gebühr wird mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner zur Zahlung fällig.

§ 6 Gebührenerstattung

(1) Wird eine Sondernutzung vor Ablauf des der Gebührenbemessung zugrundeliegenden Zeitraums beendet, ist der entsprechende Teil der Gebühr zu erstatten, wenn dies innerhalb von einem Monat nach Beendigung der Sondernutzung beantragt wird.

(2) Beträge unter 30,00 € werden nicht erstattet.

(3) Verwaltungsgebühren werden nicht erstattet.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn eine genehmigte Sondernutzung nicht in Anspruch genommen wird.

§ 7 Kostenerstattung und Sicherheitsleistungen

(1) Der Erlaubnisnehmer hat der Gemeinde Dettingen an der Erms alle Kosten zu ersetzen, die ihr durch die Sondernutzung entstehen und die nicht durch die Bezahlung der Sondernutzungsgebühr abgedeckt sind.

(2) Die Erlaubnisbehörde ist berechtigt, die Sondernutzungserlaubnis erst zu erteilen, wenn der Erlaubnisnehmer eine Sicherheitsleistung erbracht hat. Diese kann insbesondere dann verlangt werden, wenn

- a) an öffentlichen Straßen, Wege und Plätzen gem. § 1 Abs. 1 oder an Straßeneinrichtungen Beschädigungen durch die Sondernutzung zu befürchten sind, oder
- b) begründete Zweifel bestehen, dass der Erlaubnisnehmer seinen Verpflichtungen nach Absatz 1 nachkommen wird.

(3) Die Höhe der Sicherheitsleistung richtet sich nach den mutmaßlichen Kosten für die Beseitigung der befürchteten Beschädigungen bzw. nach der Höhe der Kosten, die bei einer eventuellen Ersatzvornahme voraussichtlich anfallen würden.

(4) Von der Sicherheitsleistung sind die der Gemeinde Dettingen an der Erms entstehenden Kosten im Sinne von Absatz 1 zu begleichen. Die Erlaubnisbehörde ist verpflichtet, demjenigen, der die Sicherheit geleistet hat, anschließend Rechnung zu legen.

(5) Die Sicherheitsleistung ist zurückzuzahlen bzw. zurückzugeben, wenn nach Beseitigung der Sondernutzungsanlagen feststeht, dass der Gemeinde Dettingen an der Erms durch die Sondernutzung keine zusätzlichen Kosten entstanden sind oder entstehen werden.

(6) Wurde von dem Erlaubnisnehmer keine Sicherheitsleistung verlangt und sind durch die Sondernutzung die Straßen so beschädigt worden, dass dadurch deren vorzeitige Erneuerung erforderlich wird, so kann die Erlaubnisbehörde, sofern eine alsbaldige Erneuerung für den Erlaubnisnehmer eine unangemessene Belastung bedeuten würde, stattdessen mit ihm eine Vereinbarung über eine angemessene Beteiligung an den Kosten der zukünftigen Erneuerungsarbeiten treffen.

§ 8 Verkehrssicherungspflicht und Schadenshaftung

(1) Der Erlaubnisnehmer ist für die mit der Sondernutzung in Anspruch genommenen Straßenflächen verkehrssicherungspflichtig und haftet der Gemeinde Dettingen an der Erms für alle Schäden, die ihr durch die Sondernutzung entstehen.

(2) Der Erlaubnisnehmer hat die Gemeinde Dettingen an der Erms von allen Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen, die diese im ursächlichen Zusammenhang mit der Sondernutzung gegen die Gemeinde Dettingen an der Erms erheben. Er ist verpflichtet, sich ausreichend gegen Haftpflichtansprüche zu versichern. Auf Anforderung ist der Nachweis über den Abschluss einer Haftpflichtversicherung und die regelmäßige Prämienzahlung vorzulegen.

(3) Die Haftung nach Absatz 1 und 2 gilt bis zur Erfüllung der sich aus den in § 2 ergebenden Verpflichtungen.

(4) Mehrere Verpflichtete haften dabei als Gesamtschuldner.

§ 9 Sondernutzungen durch Zirkusse und andere Schausteller

(1) Die Überlassung des Festplatzes an Zirkusse und andere Schausteller erfolgt auf Grundlage dieser Satzung.

(2) Es sind nur Zirkusse zulässig, die keine Wildtiere mit sich führen, deren Haltung in wandernden Unternehmen nicht im Sinne des § 2 Nr. 1 und 2 Tierschutzgesetz (TierSchG) möglich ist.

(3) Die Häufigkeit der Sondernutzungen durch Zirkusse und andere Schausteller ist auf eine Veranstaltung pro Jahr begrenzt. Die Vermietung an Zirkusse und andere Schausteller kann nur in der Zeit stattfinden, in welcher das Freibad nicht geöffnet ist.

(4) Die Standzeit von Zirkussen und Schaustellerbetrieben wird auf max. zwei Tage vor dem ersten Gastspiel und auf max. zwei Tage nach dem letzten Gastspiel beschränkt. In diesem Zeitraum muss der Auf- bzw. Abbau und die An- bzw. Abreise erfolgen.

§ 10 Öffentlich-rechtliche Gestattungsverträge

Wird die Erlaubnis zu einer Sondernutzung in Form eines öffentlich-rechtlichen Gestattungsvertrags vereinbart, so gelten die Bestimmungen dieser Satzung sinngemäß.

§ 11 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) entgegen der Vorschrift des § 2 Abs. 1 eine Sondernutzung ohne die dafür erforderliche Erlaubnis ausübt;
- b) entgegen § 2 Abs. 7 die den Gemeingebrauch beeinträchtigenden Anlagen und sonstigen Gegenstände nicht beseitigt und den früheren Zustand nicht wiederherstellt;
- c) entgegen § 9 Abs. 4 die Standzeit nicht einhält.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann für jeden Fall einer Zuwiderhandlung mit einer Geldbuße bis zu 1.000 Euro geahndet werden.

(3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten findet in der jeweils gültigen Fassung Anwendung.

§ 12 Sonstige Bestimmungen

(1) Soweit besondere gesetzliche Vorschriften nichts Anderes bestimmen, gelten die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes für die Benutzungsgebühren in der jeweiligen Fassung entsprechend.

(2) Soweit die bei Inkrafttreten dieser Satzung bestehenden Rechte und Befugnisse zur Benutzung von Straßen über den Gemeingebrauch hinaus, nach § 57 Abs. 1- 3 StrG als Sondernutzung gelten, werden ab diesem Zeitpunkt Gebühren nach dieser Satzung erhoben.

§ 13 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntgabe in Kraft.

Dettingen an der Erms, 29.06.2023

gez.

Michael Hillert

Bürgermeister

Hinweis nach § 4 Abs. 4 GemO:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist.

**Anlage zu der Satzung der Gemeinde Dettingen an der Erms
über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen
an öffentlichen Straßen vom 29.06.2023**

G e b ü h r e n v e r z e i c h n i s

Vorbemerkung

Für die in diesem Verzeichnis angeführten Tatbestände sind Sondernutzungsgebühren nur zu erheben, wenn die Benutzung im Einzelfall nicht mehr Gemeingebrauch ist und wenn sich nicht auf Grund von § 21 Abs.1 StrG die Einräumung eines Rechtes zur Benutzung der Straßen nach bürgerlichem Recht richtet.

Lfd. Nr.	Art der Sondernutzung		Gebühr in EUR
1	Mindestsondernutzungsgebühr nach § 3 Abs. 6		20,00
2	Sondernutzungsgebühr ohne Tatbestand nach dem Gebührenverzeichnis nach § 3 Abs. 9 (Für sonstige über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung der öffentlichen Verkehrsfläche)		20,00 – 500,00

I. Benutzung zu gewerblichen Zwecken

3	Warenauslagen je m ² einschließlich dem Aufstellen von Gegenständen zum Verkauf <i>Voraussetzung für die Genehmigung ist, dass für den Fußgängerverkehr noch eine Mindestbreite von 1,20 m zur Verfügung steht.</i>	täglich monatlich jährlich	1,00 5,00 50,00
4	Aufstellen von Tischen und Stühlen für einen Gaststättenbetrieb auf Verkehrsflächen bis zu 20,00 qm bei mehr als 20,00 qm <i>Voraussetzung für die Genehmigung ist, dass für den Fußgängerverkehr noch eine Mindestbreite von 1,20 m zur Verfügung steht.</i>	monatlich monatlich	10,00 - 20,00 15,00 – 30,00

5	Aufstellen von Verkaufs- und Imbissständen, Kioske, Schaubuden und sonstigen Einrichtungen je m ²	täglich monatlich	5,00 10,00 – 100,00
6	Altkleider- und Altschuhsammelcontainer je Container	jährlich	120,00
7	Vermietung des Festplatzes für Zirkusse und andere Schausteller (Platzmiete)	wöchentlich monatlich	100,00 250,00
	für Vereine	täglich	25,00
	Vorauszahlungen für Strom- und Wasser	Strom	75,00
	<i>Der tatsächliche Verbrauch an Wasser und Strom wird bei der Abnahme des Platzes festgestellt und ist in bar bei der EED zu begleichen.</i>	Wasser und Abwasser	25,00

II. Baustelleneinrichtungen, Lagerung und sonstiges Aufstellen von Gegenständen

8	Baustelleneinrichtung, Bauhütten, Bauzäune, Baubuden, Werkzeughütten, Baumaschinen und Baugeräte (einschließlich Hilfseinrichtungen wie Zuleitungskabel, Baustofflagerungen sowie Gerüste, Kräne u. Ä.) auf Verkehrsflächen bis zu 20,00 qm	bis zu zwei Wochen ab einem Monat	20,00 35,00
	je weiterer qm Verkehrsfläche	monatlich	0,50
9	Aufstellen oder Abstellen von Kraftfahrzeugen und Anhängern zu gewerblichen Werbezwecken, pro Kfz oder Anhänger	täglich wöchentlich monatlich	5,00 10,00 50,00
10	Aufstellen oder Abstellen von nicht mehr zum Verkehr zugelassenen Fahrzeugen, einschließlich Wohnwagen zu nicht gewerblichen Zwecken je Fahrzeug	täglich monatlich	5,00 50,00

III. Werbung

11	Bewegliche Außenwerbung a) Mittels Plakatträger je Person	täglich	15,00
----	--	---------	-------

	<p>b) Mittels Werbefahrzeug, Lautsprecherwagen, Ausstellungswagen u. Ä. je Fahrzeug</p> <p>c) Anlässlich allgemeiner Wahlen oder politischen Veranstaltungen</p>	täglich	<p>25,00</p> <p>gebührenfrei</p>
12	<p>Verteilung von gewerblichen Druck- und Werbeschriften je Personen</p> <p>Anlässlich allgemeiner Wahlen oder politischen Veranstaltungen</p>	täglich	<p>5,00 - 25,00</p> <p>gebührenfrei</p>
13	<p>Plakatierung je Plakat</p> <p>a) Anlässlich allgemeiner Wahlen oder politischen Veranstaltungen</p>	je angefangene Woche	<p>2,00 €</p> <p>gebührenfrei</p>
14	<p>Sonstige Werbung</p> <p>a) Werbeanlagen/Werbeträger (Tafeln, Ständer, Säulen u. Ä.) mit Inanspruchnahme der öffentlichen Fläche mit je m² Ansichtsfläche</p> <p>b) anlässlich allgemeiner Wahlen oder politischer Veranstaltungen</p> <p><i>Voraussetzung für die Genehmigung ist, dass für den Fußgängerverkehr noch eine Mindestbreite von 1,20 m zur Verfügung steht.</i></p>	<p>monatlich</p> <p>jährlich</p>	<p>5,00</p> <p>30,00</p> <p>gebührenfrei</p>
	<p><i>Gebührenfrei sind Hinweisschilder zur besseren Orientierung der Verkehrsteilnehmer, wie Hinweisschilder auf Gottesdienste, allgemein übliche Sammelhinweisschilder auf Kraftfahrzeughilfsdienste, Tankstellen, Gaststätten und Hotels.</i></p>		